

Merah - wer?

Man vergißt leider schnell. Wer denkt noch beim Namen Merah an die Morde (März 2012) in Südfrankreich?

Die Medien rätselten: Warum waren zwei Soldaten mitten auf der Straße „hingeworfen“ worden? Drogen? Privatfehde? Schließlich einigte man sich: Wohl ein Rassist! Ein „Neo-Nazi“! Tötete er nicht auch einen Lehrer und Kinder einer jüdischen Schule?

Bernard-Henri Levy dozierte sofort: „An die Pyromanen, die die `nationale Identität` verteidigen... es gibt keinen schlimmeren Anschlag auf unsere Kultur... als der Rassismus und, heute morgen, der Antisemitismus.“ Das Fernsehen meldete, der Täter sei „ein Mann mit weißem Gesicht und blauen Augen“ (TF1), „Ein Weißer mit blauen Augen“ (France 2). Jüdische Studenten (UEJF): „In Frankreich werden Juden, Schwarze und Araber umgebracht.“ *Le Nouvel Observateur* sah Frankreich „im Herzen getroffen“.

Jean-Luc Mélenchon, Kandidat der *Linken Front* für die Präsidentschaft meinte, der judenfeindliche Schriftsteller R. Brasillach (den De Gaulle 1945 erschießen ließ) sei durch die Morde „bedient worden“. *Charlie Hebdo* brachte eine Karikatur von Le Pen unter dem Titel „Bluttat in Toulouse“ und kommentierte „... ein Detail der Wahlkampagne“, während *Le Canard enchaîné* schrieb: „Der Mörder riecht nazistisch.“ F. Veillon, von der Sozialistischen Jugend, deklamierte: „Das ausländische und rassistische Klima, das die Rechte und die extreme Rechte unterhalten...“

Nun, der Mörder war Nordafrikaner, „Islamist“, zuvor 18x verhaftet wegen Gewalttaten, 15x verurteilt, saß 21 Monate ein, war in Kairo, Pakistan, Afghanistan; man munkelt, er sei Spitzel der politischen Polizei gewesen.

Für N. Chapuis (*Nouvel Observateur*) war er jedenfalls eine große Enttäuschung: „Scheiße! Es war kein Nazi!“

Des „Westens“ doppelter Boden

Sie können sich ganz sicher an die vielen Versprechen erinnern, die dem Volk von Vertretern aller Systemgremien damals, als sie uns in die „EU“ kriegen wollten, reichlich gegeben wurden; von den 1000 öS der Genossin Ederer bis zum ÖVP-Plakat „Der Schilling bleibt!“. Nichts davon haben wir geglaubt, dafür wurden wir als „Europagegner“ und „Extremisten“ tituliert. Wir hatten nur den Hausverstand benutzt und waren (und sind) überzeugt, daß jeder Europäer die „EU“- und „Euro“-Konstrukte ablehnen muß. (Inzwischen schließen sich viele Zeitgenossen diesem „Extremismus“ an).

Aber ganz abgesehen von Währung und „Märkten“ stecken im trojanischen Esel „EU“ die Interessen der *Pax americana*, deren Triebe hießen „Europäer der ersten Stunde“: Schuman und Churchill (beide aus der Roosevelt-Küche); auf sie geht ja die „EU“ letztlich zurück.

Es kann deshalb nicht überraschen, daß der Mitgliedschaft in der „EU“ auch stillschweigend die Zugehörigkeit zur NATO, d.h. die Anbindung an die Machtpolitik Washingtons beigegeben ist. Aber auch für die NATO ändert die Zeit mancherlei.

Sie wurde gegründet, wie ihr erster Generalsekretär und Churchill-Berater Lord Ismay mit damals noch möglicher Offenheit bekannte, „um die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“.

Heute sind die Amis noch „drinnen“, in Europa und auf ihrem Flugzeugträger England, und halten ihren Brückenkopf im Westen Eurasiens fest. Die Russen, deutlich geschwächt, bleiben „draußen“, aber seit Präsident Putin versucht, die sowjetischen Scherben aufzuräumen und das Land zu ordnen, nennen ihn die Westmedien ein Bösewicht.

Nicht alle Versuche Washingtons, Moskaus Schwäche auszunützen, sind allerdings erfolgreich gewesen. Die

Infiltration des Kaukasus gelang nur zum Teil. Der von der Marionette in Georgien inszenierte Krieg wurde zum *Bumerang*. Die Türkei bockt. Die Ukraine, den Manövern des G. Soros und der jetzt so oft zitierten Wasserstoffblondine zum Trotz, blieb unabhängig, also Nato-frei.

Auch das viele erbeutete Öl Iraks und das Gas Afghanistans können nicht wettmachen, daß weder Rußland noch das erwachte China sich besiegt geben. Deshalb kommt der Angriff auf Syrien (trotz der Hetze der Westmedien) auch nicht vom Fleck. Ägypten, immer fester Bauer auf dem Schachbrett der Amis, erdreistet sich, den sogenannten „ONGs“ auf die Finger zu klopfen. Die angeblich von keiner Regierung abhängigen Organisationen sind, laut Richard Falk, Professor für Internationales Recht in Princeton „OGIs“, also in Wahrheit *Informelle* Regierungs-Organisationen, das heißt Wölfe im Schafpelz. Es seien Organisationen, „...die ausländische Regierungen destabilisiert haben, die der Agenda amerikanischer Politik unfreundlich waren...“ (siehe *Le Monde*, 28-2-2012). Selbst die so „erfolgreiche“ Liquidierung des einstigen Partners Gadhafi brachte der NATO „Kollateralschäden“: Die Tuareg sind aus Lybien mit großen Mengen an Waffen, Munition und japanischen Geländewagen nach Mali zurückgekehrt, verlangten erneut die Unabhängigkeit (Gebiet: 820.000 km²) und schlugen am 11. März die Mali-Armee. Kämpfe zwischen Arabern und Tuareg sind entfacht. In Afrika geht die CIA mit ihren *Killing*-Listen um - aber Chinas Vorhut ist längst im Lande!

Arme Amis! Sogar die „EU“ macht ihnen Sorgen, denn sind die „EU-Partner“ schwach, kann man sie als Hiwis kaum gebrauchen; werden sie stark, könnten sie mit einer starken Währung die Dollarherrschaft untergraben!

Das Wort hat Außenminister Sergej Lawrow

Die Gleichschaltung der Westmedien macht es schwer, sich ein Bild der Lage in Syrien zu machen. Wir wollten deshalb auch *die andere Seite* anhören und haben die Erklärung herangezogen, die der russische Außenminister vor einigen Tagen zum Thema Syrien veröffentlicht hat (hier Auszüge).

Lawrow unterstreicht die internationale Bedeutung der Ereignisse in Nordafrika und dem Vorderen Orient: „Neben der Krise, die die Weltwirtschaft durchmacht, haben diese Ereignisse klar gezeigt, daß der Werdeprozeß einer neuen internationalen Ordnung in eine Unruhephase eingetreten ist.“ Rußland sei bereit, das Streben der arabischen Völker nach einem besseren Leben zu stützen, lehne aber den Rückgriff auf Gewalt ab. „Rußland kennt wahrscheinlich besser als die meisten anderen Länder den wahren Preis der Revolutionen... Gerade deshalb stehen wir für eine evolutionäre und friedliche Verwirklichung der langfristigen Veränderungen im Nahen Osten und in Afrika ein.“ Rußland habe mit der Annahme der UNO-Entschließung 1970 bzw. Nicht-Ablehnung der 1973. über Lybien erwartet, dadurch eine „exzessive Gewaltanwendung“ zu vermeiden und eine politische Regelung zu ermöglichen. „Leider haben die von den NATO-Ländern im Rahmen dieser Entschließungen gesetzten Aktionen zu einem schweren Verstoß gegen [die politische Regelung] geführt und zur Unterstützung einer der Parteien des Bürgerkrieges, um das vorhandene Regime zu stürzen und nebenbei die Autorität des Sicherheitsrates anzugreifen.“ Der Teufel stecke im Detail, fährt Lawrow fort, und drastische Maßnahmen mit Gewalt könnten niemals zu dauerhaften Lösungen führen.

Nach Erwähnung der „noch lange“ unklaren Lage im Irak, Afghanistan, Libyen und der Sahelzone, stellt der russische Außenminister fest: „Nach den Ereignissen in Libyen war es unmöglich, dem UNO-Sicherheitsrat zu folgen, um Entschlüsse zu fassen, die nicht explizite genug wären und den für ihre Durchführung Verantwortlichen erlaubt hätten, nach eigenem Ermessen zu handeln.“ ... „Leider fehlen

ehrliche und qualifizierte Analysen der Entwicklungen in Syrien und deren potentiellen Folgen schmerzlich. Recht oft werden sie durch primitive Bilder und schwarz-weiße Propaganda-Klischees ersetzt.“

Lawrow warnt: „... die einseitige Unterstützung der Opposition, insbesondere ihres kriegesrischsten Teils, wird in nächster Zukunft nicht zum Frieden in diesem Land führen und widerspricht dem Ziel, die Zivilbevölkerung zu schützen. Was dieses Vorgehen zu bestimmen scheint, sind die Bemühungen, ein Regimewechsel in Damaskus auszulösen im Rahmen einer weitergehenden geopolitischen regionalen Strategie. Ohne Zweifel haben diese Vorhaben den Iran zum Ziel; man weiß, daß eine wichtige Gruppe von Ländern, die Vereinigten Staaten, andere NATO-Staaten, Israel, die Türkei und gewisse Staaten der Region geneigt scheinen, die regionale Stellung dieses Landes zu schwächen.“ ... „Ich betone immer, daß diese Option [ein eventueller militärischer Schlag] gegen den Iran schwere und sogar katastrophale Konsequenzen hätte. Der Versuch, den Gordischen Knoten alter Probleme durchzuschlagen, ist zum Scheitern verurteilt.“ Lawrow erinnert an die Invasion Iraks, die als „einmalige Chance“ für die Verwandlung des Nahen Ostens betrachtet worden sei, und macht auf wichtige Fakten aufmerksam: „Die arabischen Revolutionen zeigen unstrittig den Willen, auf die Wurzeln der Zivilisation zurückzukehren, einen Willen, der sich in der breiten Gefolgschaft der Parteien und Bewegungen manifestiert, die unter der Fahne des Islam handeln.“ Auch asiatische Länder, zum Beispiel Japan, betonten jetzt stärker ihre Identität „Diese Lage unterstreicht einmal mehr, daß ein einfaches (wenn nicht zu einfaches) bipolares Schema aus dem Kalten Krieg, mit Paradigmen wie Ost-West, Kapitalismus-Sozialismus, Nord-Süd, von einer multidimensionalen geopolitischen Realität ersetzt wird, die einen allein herrschenden Faktor nicht erlaubt.“

(Der Wortlaut der Zitate ist unsere Übersetzung. WB)

„Waffen-SS: Soldaten wie andere auch.“ (Adenauer)

Der nach 1945 von gewissen Leuten betriebene sogenannte „Antifaschismus“ ist auf jeden Fall anachronistisch, davon abgesehen, ob damit die Berechnung der „Karriere“ und die Hoffnung auf Förderungen verbunden sind.

Aber die alle Jahre wieder veranstaltete öffentliche Bekundung von „Entrüstung“ über die Gedenkfeierlichkeiten, die in Riga zu Ehren der ehemaligen Angehörigen der lettischen Waffen-SS stattfinden, läßt sich nur deuten als Kind der traurigen Paarung von Papa Haß und Mama Ignoranz. Insofern muß die Aufklärung der „Entrüsteten“, falls überhaupt möglich, den Fachkräften für die Behandlung psychopathischer Anomalien überlassen werden.

Aber für die jüngeren Jahrgänge, denen der Zugang zu den geschichtlichen Fakten nicht ermöglicht worden ist, seien hier einige Daten angeführt: Der als „Verfügungstruppe“ gegründete, später „Waffen-SS“ genannte militärischer Verband wurde vom ehemaligen General der Reichswehr Paul Hausser von Anfang an als Kampftruppe konzipiert, aufgestellt und nach teils von ihm eingeführten - damals modernsten - taktischen Prinzipien ausgebildet, mit der ausdrücklichen Zielsetzung, eine Formation von Elitesoldaten zu schaffen.

Für die Aufnahme in die Truppe war weder die Zugehörigkeit zur „SS“ der NSDAP noch die Mitgliedschaft in dieser Partei notwendig oder auch nur erwünscht. Tatsächlich erreichte der Verband kriegsbedingt einen großen Umfang und zählte schließlich in seinen Reihen Männer fast aller Länder Europas, aber auch Asiens und Nordafrikas. Gerade diese Ausländer hatten freilich keinerlei Verbindung zur NSDAP. Sie wurden nur deshalb in die Waffen-SS eingegliedert, weil sie als Bürger fremder Staaten nicht in der Wehrmacht dienen konnten.

Daß gerade die lettischen (und estnischen) Einheiten der Waffen-SS (zum Teil) aus Freiwilligen bestanden, kann jeder verstehen, der das grausame Los dieser Völker während des Krieges 1918-1920 und unter der sowjetischen Besetzung 1939-1941 kennt. Sie kämpften mit dem Mut der Verzweiflung, um nicht wieder unter die Herrschaft Stalins zu geraten.

Übrigens dienten in den letzten Jahren des Krieges in der Waffen-SS auch deutsche Wehrpflichtige und Offiziere der Wehrmacht, die schlicht dorthin versetzt worden waren. So konnte der Kanzler Adenauer im Parlament für die Veteranen der Waffen-SS den „Nazi-Vorwurf“ mit einer eindeutigen Feststellung abwehren: „Sie waren Soldaten wie andere auch!“

Treffende Worte

Gegner glauben uns zu widerlegen,
wenn sie ihre Meinung wiederholen
und auf die unsrige nicht achten.

Goethe

Am tyrannischsten ist jene Herrschaft,
welche aus Meinungen Verbrechen macht,
denn jedermann hat das unverbrüchliche Recht
auf Gedankenfreiheit.

Baruch de Spinoza

Die Wahrheit läßt sich auf Dauer nicht verfälschen,
es gibt nichts Unerbittlicheres als die Tatsachen.

Ernst Thälmann

Frankreichs Republiken

Hopps! - Freunde, wir müssen einen Lapsus bekennen! In der WB-Nummer 240, S. 2 („Bitteres Frankreich“) heißt es, die vom (1940 desertierten) General De Gaulle 1944 eingeführte Republik sei die *Fünfte* Republik Frankreichs gewesen. Der Kenner weiß: sie war die Vierte. Die Fünfte kam wohl durch De Gaulle, aber als Folge des Militärputsches der französischen Truppen in Algerien 1958 zur Welt. Entschuldigung!

Genosse Häupl oder die Helden aus Pappmaché

Ein Politiker, selbst wenn er so viel Format hätte, um die Bezeichnung „Staatsmann“ zu verdienen, was ja heutzutage nicht vorkommt, ist genötigt, gelegentlich zu schauspielern. Die Masse braucht nun einmal Unterhaltung, Symbole und auch Idole - und seien sie aus Pappmaché.

So gesehen läßt sich leicht erklären, daß Wiens oberster SP-Genosse gelegentlich als bierlustiger Ottakringer auftritt, mal als verspäteter antifaschistischer Bilderstürmer oder als proletarischer Revoluzzer. Er muß eben seine Kundschaft mit Inszenierungen bei Laune, d.h. bei den Stimmzetteln halten, die ihm ja die nahende goldene Pension sichern.

Wie gesagt, solche Auftritte sind unter den gegebenen politischen Zuständen verständlich. Für völlig verfehlt halten wir allerdings seine *Show* als Verehrer von Ernesto Guevara, dem weithin bekannten *Che*.

Wäre der *Che* nicht auf Wunsch Washingtons ermordet worden, und hätte er auch die Bruchlandung seiner Utopie überlebt, so hätte er sich eine „Ehrung“ durch Häupl und dessen Riege ganz entschieden verbeten: Ernesto Guevara, was immer er für düstere Wege beschritten und katastrophale Abenteuer erlebt haben mag, war ein Mann, der nicht „Arbeiterführer“ spielte, sondern auf Pfründe verzichtete und für seinen Traum kämpfte und fiel. Man vergleiche sein Leben mit der Vita des Häupl - oder beider Porträts. Auch Bilder können beredt sein.

Schöne freie Welt

Eine **Regierungskommission** in Holland hat aufgefordert, das Wort *allochtoon* („Ausländer“) zu verbieten, weil es eben die Ausländer beleidige. Dafür soll in England das Wort *obese* („fettleibig“) verbannt werden, um dicke Menschen nicht zu diskriminieren.

Günther Beckstein, bis 2007 bayerischer Polizeiminister und somit Garant für den **sogenannten „Rechtsstaat“**: „Wir sind bei Rechtsextremisten härter vorgegangen als bei Linksextremisten ... Manchmal gingen wir sogar weiter, als der Rechtsstaat eigentlich erlaubt.“

Das **Institut Montaigne** hat das Pressegespräch veröffentlicht, das Xavier Lemoine, Bürgermeister von Montfermeil (Frankreich) mit der Redaktion von *France-Soir* über die Einwanderungsproblematik geführt hat. Hier Auszüge: „Die Republik geht der Katastrophe entgegen, weil sie keinerlei Forderungen an die Aufgenommenen gestellt hat. Einmal in Frankreich, leben und verhalten sich viele von ihnen, als wären sie in ihrem Ursprungsland, mit ihren Sprachen und ihren Sitten, und lehnen unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur ab!“ ... „Unter dem Vorwand, ihre Kultur zu respektieren, hat man nicht den Respekt vor unserer Kultur gefordert. Was ich sage ist weder Rassismus noch Diskriminierung, sondern Hausverstand.“ ... „Neulich kam ein Iman zu mir und sagte: Herr Bürgermeister, 2014 werden Sie vielleicht wiedergewählt, aber 2020 sind wir dran. Das ist Arithmetik, denn wir werden die Mehrheit sein.“ ... „Ich war kürzlich in Dänemark und in Schweden. Dort (es sind kulturell eher *linke* Länder) haben die Ausländer sechs Monate, um die Landessprache und die Grundwerte des Landes und seine Geschichte zu lernen. Wenn man diese drei Elemente nicht hat, erhalten sie keinen Zugang zur Registrierung, die Anspruch auf Sozialversicherung, Sozialhilfe, Wohnung und Arbeit gibt.“ ... „Wenn ich mich privat mit den Gewählten von links darüber unterhalte, sind sie mit mir einig ... aber sie wagen es nicht, es öffentlich zu sagen.“

Rußland ehrt seine Großen: Wladimir **Putin** hat die Schaffung eines Komitees angekündigt, das Feierlichkeiten zum Gedenken an den 150. Geburtstag des Reformers und Staatsmannes des Zaren **Pjotr Stolypin**, der 1911 ermordet wurde, organisieren soll. Ein Stolypin-Denkmal ist bereits aufgestellt worden.

Laut Englands BBC (22.5.12) soll künftig jedes Kind nach der Geburt einen „**Chip**“ **implantiert** bekommen. So sei es möglich zu verhindern, daß Säuglinge verwechselt würden. Weil es dann keine Anonymität mehr gebe, werde auch das Verantwortungsgefühl der Menschen steigen.

Die allgemeine Unsicherheit und die Angst vor einem möglichen **Krieg wächst überall**. An der Machtgrenze China-USA streitet China mit den Philippinen um einige Inseln. Chinas Zeitungen nennen den Archipel „eine arrogante Marionette Amerikas“. Generalmajor Zhang Zhao-Zhong meint übrigens, China solle auch auf einen Weltkrieg vorbereitet sein, falls der Iran von USA angegriffen würde. Und in Korea sind die „Provokationen“ zwischen Nord- und Süd immer häufiger.

Nicht nur die „Bilderberger“ haben sich wieder getroffen, auch der Megaspekulant **George Soros** (eigentlich: György Schwartz, laut *Forbes* 14x Milliardär) und seine Freunde („*Democracy Alliance*“) kamen im Luxushotel *Biltmore* (Miami) zu einer Geheimkonferenz zusammen. Mitglied Rob Stein nennt die Gruppe „eine politische Investmentbank“. Anwesend waren u.a. Ari Rabin-Havt (*Media Matters for America*) und Donald Sussman, auf China spezialisierter *Hedgefonds-Manager*, Mitglied im *Center for American Progress* (CAP).

Die Lage ist verzweifelt, aber nicht ernst!

Beobachtet man das Weltgeschehen, so läßt sich angesichts der Wirrnisse der Eindruck nicht vermeiden: das öffentliche Leben ist auf eine Stufe hinabgedrückt worden, da man nur noch ausrufen kann: *Die Lage ist verzweifelt, aber nicht ernst!* Und wird die Tünche der „politisch korrekten“ Sprachregelung weggekratzt, so stellt man fest, daß die quasi-totalitäre Herrschaft des „neo-liberalen“ Kapitalismus ihre Grundlage in der durch zwei Weltkriege von der internationalen Hochfinanz erreichte Entmachtung der europäischen Kernstaaten hat.

Die Quintessenz der «westlichen» Politik lautet deshalb weiter: *Raffen, was geht, halten, was man schon hat.* Andere Ziele kennt das Spekulantendoppel London-Neuyork nicht.

Von „bürgerlichen“ oder „linken“ Parteien zu reden bleibt deshalb so inhaltsleer wie die Begriffe „freie Marktwirtschaft“, „offene Gesellschaft“, „christliche“ oder „soziale“ Demokratie. Die kunterbunte politische und mediale Arena mag allenfalls für das hochverehrte Publikum unterhaltsam sein, in Wahrheit ist nichts davon ernst gemeint: so läßt sich heute nicht mehr sagen, wenn in den Medien der Name Marx fällt, ob Karl aus Trier oder Groucho aus Hollywood gemeint sei.

Die Prediger «westlicher Werte» behaupten, zum Beispiel, Liberalismus bedeute «mehr Auswahl und bessere Chancen für den Verbraucher»; aber die zugleich beschleunigte Konzentration des Kapitals in Industrie und Handel und die faktische Bildung von Monopolen *verhindern* Konkurrenz, eliminieren Wahlmöglichkeiten für den Verbraucher, erhöhen Preise, reduzieren Qualität und machen das Angebot zunehmend undurchsichtig.

Eindeutige Warnungen sind längst erfolgt, denn dort, wo «privatisiert» worden ist, gab es Preiserhöhungen, weniger Dienste, weniger Investitionen in der Infrastruktur – und mehr Entlassungen!

Nun wollen manche sogar das System der Alterspension weitgehend «privatisieren». Die Lohnempfänger sollen sich also auf Firmen und *Fonds* verlassen; sie verlieren dadurch jegliche Sicherheit und müssen ihre spätere Versorgung ausgerechnet den spekulierenden *Fonds* anvertrauen. Falls die *Fonds* (oder die Firmen) versagen, hat der völlig ungesicherte „Versicherte“, trotz seinen Beiträgen – alles verloren!

Sogar nach dem liberalen Credo fordert der «freie Markt» Transparenz der handelnden Kräfte und ausreichende freie Information, aber selbst im Allerheiligsten des Kapitalismus, im Bankenwesen, tappt der Verbraucher bei jedem Schritt im Dunkeln. Er muß «vertrauen».

«Nur der Markt kann den gerechten Preis der Rohstoffe, der Währungen oder der Unternehmen bestimmen», lautet das Dogma. Doch die «Märkte» suchen grundsätzlich den größeren und schnelleren Profit, ihr Bemühen ist nicht Leistung, sondern Spekulation. Man beachte die stets irrationalen Schwankungen der Börsen, die, wie die Geschichte zeigt, ohnehin der Manipulation offenstehen. Und

nicht zu vergessen: diese Schwankungen, «Blasen» und Zusammenbrüche vernichten immer wieder *tatsächliche* Werte der realen (!) Wirtschaft. Die Börsenspiele stützen nicht Arbeit und Wirtschaft, sie mästen nur die Spekulation.

«Der freie Markt schafft Wachstum», heißt es. Nur er könne Wohlstand verwirklichen. Aber an den Begriff «Wachstum» muß man sich mit der Lupe in der Hand nähern, denn der sogenannte Mehrwert (der meist nur einigen Leuten zugute kommt) ist oft geringer als der Verbrauch an Ressourcen (die das Gut *aller* Menschen sind). Die *nachträglichen* Kosten für Produktion, Abbau und Entsorgung sind in der Statistik des „Wachstums“ selten berücksichtigt. (Kollateralschäden der „Wirtschaft“, Paradebeispiel: der «billige» Atomstrom!) Gerade bei den Rohstoff-Konzernen ist der Profit oft mit großen ökologischen Schäden erzielt, ganz abgesehen von den manchmal sehr dramatischen Auswirkungen auf die Beschäftigten und den Nachteilen für alle Verbraucher.

Großkonzerne führen oft einen erbarmungslosen Kampf, einen wahren Vernichtungsfeldzug gegen die schließlich von ihnen völlig abhängigen Klein- und Mittelbetriebe, die nicht selten aufgesaugt, „portioniert“ und weiterverkauft werden – wobei vielen Beschäftigten nur die Arbeitslosigkeit bleibt.

Die Auswirkungen der „Globalisierung“ auf die wehrlosen Völker der „Dritten Welt“ erzeugen in den dortigen Massen unvermeidlich Not, Hoffnungslosigkeit und Haß. Das Echo dieser Zustände können inzwischen die eigentlich ebenfalls wehrlosen Völker Europas daheim jetzt schon wahrnehmen. Nun müssen wir nicht, wie so mancher Inder, für 800.- Dollar eine Niere verkaufen (in der Türkei sind für die begehrte Ware Zahlungen von 20.000 Dollar bekannt), aber die Behauptung, die Globalisierung „nütze allen“ ist von der Entwicklung überall auf der Welt längst widerlegt worden:

Von 1992 bis 2002 ist das Einkommen in 81 Ländern weltweit gesunken. In der „Dritten Welt“ ist die Zahl der Menschen „in extremer Armut“ um mehr als 100 Millionen gestiegen. In ganz Europa weitet sich mehr und mehr der Abstand zwischen dem Kapitaleinkommen und dem Arbeitseinkommen. Auch der beschämende „Niedriglohnsektor“ ist eine Folge der „Globalisierung“. Viele Arbeitsplätze sind nach Asien verlegt worden, aber wir können den dortigen Arbeitern kaum neiden: Eine asiatische Arbeiterin, die Wäsche für den *Disney*-Konzern näht (14 Stunden täglich und 7-Tage-Woche) hat einen Stundenlohn von 0,28 Dollar. (Ein *Manager* von *Disney* bezieht *pro Stunde*, im Vergleich, 2.800 Dollar, d.h. das Zehntausendfache). Verhältnisse also wie in Europa zu Beginn der Industrialisierung. Mit viel Kampf, Blut und Leid hatten sie unsere Älteren schließlich überwunden. (Zur Erinnerung: der 8-Stunden-Tag wurde erst ab 1918 erreicht!) Nun scheint die „alternativlose“ Politik der etablierten Parteien jetzt ähnlich üble Zustände auch für uns und unsere Kinder nach und nach wieder einführen zu wollen.

Nun, Freunde, wollt ihr es euch wirklich gefallen lassen?

Wiener Beobachter, Folge 241 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wienerbeobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien